

Die Gleichheit.

Beitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3122) vierteljährlich ohne Bestellgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 5. Dezember
1900.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Rundel), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichnis.

Absteigende und aufsteigende Kultur. — „Wandlungen.“ Von Lily Braun. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Hova-Frauen. Nach „La Fronde“. Von Eugenie Jacobi. — Ein verhängnisvoller Augenblick. Von Eugenie Jacobi.
Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Kellnerinnenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Absteigende und aufsteigende Kultur.

Die Arbeiten des wieder versammelten Reichstags haben mit Verhandlungen eingeseht, die mit der Schärfe des Scheinwerfers unsere heutigen Verhältnisse beleuchten. Das Parlament mußte Stellung nehmen zum Hunnenzug mit seinen absolutistischen Begleiterscheinungen, zur Zwölftausendmarkbettelei des Reichsamts des Innern und sein Sakaienverhältnis zum Verband der Scharfmacher. Sowohl die Debatten zu der einen wie zu der anderen Materie zeigten die gähnende Kluft, welche die Sozialdemokratie, ihre Auffassung, ihre Kulturideale von der bürgerlichen Welt scheidet, eine Kluft, die so groß ist, daß sie auch durch die vernichtende Kritik nicht ausgefüllt und überbrückt werden kann, die ein Mundeel an dem skandalösen Klingelbeutelgang des Reichsamts des Innern übte. Was einander in unveröhnlicher Gegensätzlichkeit gegenüber stand, das war nicht bloß die Politik verschiedener Parteien. Es war die Sittlichkeit und Kultur verschiedener Klassen, es war die Sittlichkeit und Kultur zweier verschiedener Welten. Auf der einen Seite die brüchige, verwesende Sittlichkeit, die heuchlerische Kultur übertünchter Barbarei einer Welt, die sich der Rüste zuneigt; auf der anderen Seite die starken, jugendfrischen, reinen Sittlichkeits- und Kulturideale einer Welt, die unter dem unwiderstehlichen Drängen von Dingen und Menschen allmählig emporsteigt. Bürgerliche und proletarische Welt sind einander betreffs ihrer politischen, sittlichen, kulturellen Ideale so fremd geworden, daß die eine kaum noch die Sprache der anderen versteht. Das Klasseninteresse der Ausbeutenden und herrschenden Schichten wirkt dahin, jedes politische Recht, jeden Sittlichkeitsbegriff, jeden Kulturwert zu fälschen. Das Klasseninteresse der Ausbeuteten und für ihre Befreiung kämpfenden Massen bedingt dagegen mit zwingender Gewalt, daß diese an Stelle widerlichen Talmis echtes, lauterer Gold setzen, daß sie die in den Staub getretenen Ideale edlen Menschentums schützen.

Für den politischen und sittlichen Verfall der Kapitalistenklasse spricht sinnesfälliger über alle Maßen verächtliche Haltung der bürgerlichen Parteien gegenüber der Politik des Evangeliumskurses mit seinem possenhafte Weltmarschallszweischenspieler, seinen barbarischen Greneln, seinem wirtschaftlichen Widersinn, seinem verfassungswidrigen Gebaren. Wohl bemäkelten die Vertreter der bürgerlichen Opposition, ja sogar Konservative, ein Weniges den und jenen gar zu häßlichen „Auswuchs“ der Raubpolitik des Weltmächtskügels. Aber in grundsätzlicher Segnerschaft wies keine einzige bürgerliche Partei jede politische und moralische Solidarität mit ihr zurück. Von Lieber an, der sich in grotesk-regierungsfreundlichen Sprüngen geradezu überschlug, bis zu Richter, der wie stets groß im Kleinen und klein im Großen war, spannten

sich die Wortführer aller bürgerlichen Parteien an den Wagen der reaktionären Weltmächtspolitik der gepanzerten Faust. Der Volksparteiler Payer aber, dessen legerischer Sinn durch Hunnenreden und Weltmarschallsbilder noch nicht von der Nothwendigkeit und den Segnungen des Kreuzzugs wider China überzeugt worden ist, erklärte ausdrücklich, nur seine persönliche Auffassung zu vertreten. Ja, es blieb sogar das angedrohte furchtbare Gewitter aus, das bürgerlicherseits den Verfassungsbruch der Regierung strafen sollte, die einen Krieg begonnen, neue Regimenter geschaffen, Tausende in den Tod geschickt, Millionen verausgabt hat, ohne die verfassungsgemäß erforderliche Zustimmung des Reichstags einzuholen. Der schlecht inszenierte Theaterdonner, den die bürgerlichen Politiker durch das Parlament rollen ließen, war mehr dazu angethan, die Umstürzler von oben zu ergötzen, statt sie von weiteren Untataten gegen die Rechte der Volksvertretung zu schrecken. Die bürgerliche Majorität erquickte sich allerunterthänigst an den höhnischen Dienerehen, mit denen der geschmeidige Bülow vor dem Worte „Indemnität“ kniete und ließ sich dafür als ein „nichtbeachtliches Etwas“ behandeln. Weil sie den grundsätzlichen Kampf gegen die Weltmächtspolitik nicht wollte, so konnte sie auch nicht ihren absolutistischen Allüren mit allem Nachdruck entgegentreten. Das kapitalistische Klasseninteresse fordert die Weltmächtspolitik, um der Ueberproduktion entgegen zu wirken, um die Ausbeutung des einheimischen werthätigen Volkes zu festigen, um die werthätigen Massen des ganzen Erdballs der kapitalistischen Auspressung zu unterwerfen. Diesem Begehren gegenüber wiegt Wahrheit, Menschlichkeit, Achtung vor dem Rechte fremder Nationalität, Achtung vor den Werken einer Jahrtausende alten Kultur, bürgerliche Freiheit nicht einen Strohhalbm.

Ebenso eindringlich wie die Chinadebatten predigen die Verhandlungen über den Zwölftausendmarkskandal den politischen und sittlichen Verfall der bürgerlichen Welt. Urkundlich liegen die Beweise vor, daß ein hoher Beamter im Reichsamt des Innern — sicherlich mit Kenntniß und Einwilligung seines obersten Vorgesetzten — Gelder zur Agitation für die Zuchthausvorlage von den nämlichen Großindustriellen erbettelt hat, in deren Interesse der dem gesammten Proletariat verhasste und verderbliche Gesetzentwurf lag. Der Almosengang der Herren Wodtke-Posodsky befiegelte gleichsam offiziell das Gefindeverhältnis, in dem der deutsche Kapitalistenstaat zum Großunternehmerthum steht. Denn das ist das charakteristischste seiner Merkmale und darin beruht seine große Bedeutung: er stellt nicht eine „Verfälschung“ einzelner Personen dar, er ist vielmehr die natürliche, unvermeidliche Frucht des Systems der gepanzerten Faust gegenüber dem deutschen Proletariat. Auch für die naivsten Gemüther, welche noch an die „Unparteilichkeit“, an die „Gerechtigkeit“ des Staates glauben, löst sich von der Zwölftausendmarkbettelei ein Urtheil los, das ebenso vernichtend für das System wie schimpflich für seine Träger ist. Wie aber hat die bürgerliche Majorität des Reichstags gerichtet?

Sie ermangelte des politischen Scharfblicks wie des sittlichen Reinlichkeitsgefühls, um in die Forderung einzustimmen, welche Auer im Namen der Sozialdemokratie erhob: „Fort mit diesem System und hinaus mit den Schuldigen.“ Mit den nationalliberalen und konservativen Gesellen der Scharfmacher innig verbrüderet, gab sich das „auch-arbeiterfreundliche“ Zentrum mit der nichtsagenden Erklärung des Reichskanzlers zufrieden. Ein Akt sträflichster Korruption verklärte sich für das reaktionäre Geschwister zu einem harmlosen „Mißgriff“, dem in Gestalt löblichsten Amtseifers mil-

bernde Umstände zugebilligt werden mußten, der allenfalls sanftväterlichen Tadel verdiente, aber keineswegs gebieterisch strengste Sühne heischte. In fast überströmender Dankbarkeit drückten die Herren — Allen voran Dieber — die Finger der Regierung, die nach Munkels manhaftem Ausspruch durch die zusammengefochtene Summe „beschmutzt“ waren. Ihr kapitalistisches Empfinden und Denken ließ das alte Wort vergessen: „Wer Pech angreift, beschubelt sich.“ Das kapitalistische Klasseninteresse fordert Knebelung der auffässigen Proletariermassen um jeden Preis, fordert eine reaktionäre Sozialpolitik. Es erschlägt die Unparteilichkeit des Staates, die Würde und das Solidaritätsgefühl der Beamten, das Sittlichkeitsempfinden der durch „Besitz und Bildung einflußreichen Kreise“.

Denn über den politischen Verfall der bürgerlichen Parteien hinaus zeigen die Reichstagsdebatten über Phantasiwahnwitz und reichsamtliche Klingelbeutelpolitik den Verfall der Sittlichkeit und Kultur der herrschenden Klassen. Von der bürgerlichen Welt wird der eke Berweijungsgeruch des wieder verschlossenen Sceletis im Schranke nicht empfunden, weil ihre gesammte Atmosphäre erfüllt ist von den widerlichen Miasmen einer modrigen, faulenden Sittlichkeit, einer verfallenden Kultur. Die Rohheit, Barbarei, Ungerechtigkeit, Kulturwidrigkeit der Weltmachtpolitik gelangt der bürgerlichen Welt nicht zum qualvollen Bewußtsein, weil ihre gesammte Atmosphäre schwer ist von Rohheit, Barbarei, Ungerechtigkeit, Kulturwidrigkeit gegenüber den Massen der Enterbten, weil ihre Sittlichkeit sich nicht emporgeläutert hat zur Sittlichkeit des gleichen Rechts für Alle, weil ihre Kultur das Privilegium ist einer Minderheit, keine Kultur für Alles, was das Menschenantlitz trägt.

Mit der gewaltigen Kraft einer reinen, starken Ueberzeugung hat die Sozialdemokratie der verfallenden bürgerlichen Sittlichkeit und Kultur die Sittlichkeits- und Kulturideale des aufsteigenden Proletariats entgegengestellt. „Ich bin ein Kämpfer der Wahrheit“, so konnte Bebel leidenschaftlich-stolz Denen erwidern, welche seine wuchtigen Anklagen durch das alberne Mäzchen von der verbienten „Vogersführerschaft“ zu verkleinern suchten. „Wir sind Kämpfer der Wahrheit, Kämpfer für echte Sittlichkeit und Kultur“, so tönt es aus den Reden Auers, Singers, Schönlaufs, so tönt es aus dem Proteste Aller, welche die hunnische Eroberungspolitik und die korrupte Sozialpolitik an den Schandpfahl der Geschichte schlagen. Neuland! das ist der trostreiche Ausblick, der sich den Kulturfehnstichtigen über den Verfall der herrschenden Klassen hinweg aus dem Entwicklungsgang des kämpfenden, vorwärtsdrängenden Proletariats eröffnet.

„Wandlungen.“

Von Lily Braun.

Unter diesem Titel veröffentlicht Fr. Maria Wischniewska in Nr. 21 der „Frauenbewegung“ einen Artikel, der sich mit der Mainzer Frauenkonferenz befaßt und in berebten Worten der Genugthuung der Frauenrechtlerinnen über die „Wandlungen“ innerhalb der Partei Ausdruck giebt, — Wandlungen, die nun auch innerhalb der sozialdemokratischen Frauenbewegung vor sich gegangen seien. In ihren Auseinandersetzungen legt sie ein so unzweideutiges Zeugniß für ihre völlige Unkenntniß der grundlegenden Prinzipien des Sozialismus einerseits und der Stellung der sozialdemokratischen Frauen gegenüber den Meinungsverschiedenheiten in der Partei andererseits an den Tag, daß ich nicht umhin kann, etwas zu ihrer Belehrung beizutragen.

„Die revolutionäre Idee des Klassenhasses, die Forderung des Umsturzes alles Bestehenden und das phantastische Traumbild eines Zukunftsstaats“ — das ist, so meint sie, das Programm der alten Richtung, das immer mehr verblaßt und dem das sieghafte der jungen gegenübersteht: „Nicht Umsturz, sondern soziale Reform durch gesetzliche Maßnahmen; nicht Klassenhaß, sondern nüchterne Verständigung und kluges politisches Verhandeln von Macht zu Macht; nicht ein phantastisches Traumbild, sondern das ehrliche Zugeständniß, daß die Emporentwicklung der Arbeiterklasse sehr wohl auf dem Boden ganz ebener Realitäten möglich sei.“ Eine ähnliche Auffassung — nur etwas weniger konfus — hat die bürgerliche Presse bisher auch mit Vorliebe verbreitet; man glaubt so gern, was man glauben möchte, und mit dem Glauben an den Sieg der also konstruirten jungen Richtung in der Partei fallen den ängstlichen Bourgeoisgemüthern,

die in ihren Träumen schon Barrikaden und Guillotinen sehen, Zentnerlasten von der Seele: „Seht doch, ihr lieben Philister hinterm Ofen, es ist gar nicht so schlimm; mit ein Bißchen Sozialreform, ein Bißchen Zuckerbrot alle Tage sind ja die Kinderchen ganz zufrieden.“

Das Publikum aber, das alle seine Weisheit von dem Herrn Redakteur empfängt, vertraut ihm blindlings und trägt seine Phantasielbilder fröhlich weiter in die Welt. In Wirklichkeit aber sieht die Sache ganz anders aus.

Kein Sozialdemokrat, auch nicht der Jüngste der Jungen, hat noch die grundlegenden Ideen des Sozialismus verleugnet oder aus der Welt zu schaffen gesucht. Jeder weiß, daß der Klassenkampf nicht aus den Hirnen einiger Leute hervorgewachsen ist und nicht „gepredigt“ wird, wie eine metaphysische Glaubenslehre, sondern daß er ein nothwendiger Bestandtheil der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist und sein Dasein von uns nur konstatirt wird. Fr. Wischniewska kann ich sogar im Vertrauen verrathen, daß eine ganze Anzahl gelehrter Männer, die durchaus keine Sozialisten sind, vom Klassenkampf reden als von etwas Feststehendem. Der Unterschied besteht nur darin, daß wir in ihm ein Mittel des Fortschritts sehen, während Jene ihn vielfach wie eine unselige Krankheitserrscheinung betrachten. Den bürgerlichen Frauen aber, die meist mit soviel falscher Sentimentalität ausgestattet sind, daß sie alles gesunde Gefühl darunter begraben, ist schon der Name Kampf, Klassenkampf zuwider. Sie möchten auch dagegen eine internationale Friedensbewegung in Szene setzen und würden selig sein, auf einem anderen Haager Kongreß den Frieden zu beschließen! Aber ebenso, wie nach ihm die zivilisirtesten Nationen in Hunnenkriegen schwelgen, so würde der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie weiter wüthen. Ich sage absichtlich „wüthen“, denn es ist ein wider Kampf, der viele Opfer fordert, ein Kampf, dessen Schrecken uns tief in die Seele schneiden und von dem wir nichts wünschen, als daß er schnell beendet sein möchte! Darum rufen wir unablässig Alle zu den Waffen, darum ist die Organisation des Proletariats der ganzen Welt unser wichtigstes Ziel, weil wir wissen, daß nur das geeinte Proletariat siegen und diesen Greueln, unter denen die ganze Menschheit leidet, ein Ende machen kann. In diesem Sinne vertreten wir, wir Alle — und, Fr. Wischniewska, das sage ich mit einer Gewißheit, als hätte ich jeden Einzelnen aus dem Kreis der „Alten“ und der „Jungen“ gefragt — auch „die revolutionäre Idee des Klassenhasses“. Oder sollten wir der armen Mutter, die ihr Kind unter dem Herzen schon dem Tode weihen muß, die es seine Jugend dem Kampf ums Dasein opfern sieht, predigen, daß sie diese Gesellschaftsordnung und die Klasse, die sie krampfhaft aufrecht erhält, lieben soll? Oder sollten wir all den anderen Millionen Opfern des Klassenstaats, den Männern und Frauen, die in dauerndem Elend die Güter schaffen, in denen ihre Unterdrücker schwelgen, den unglücklichen Mädchen, die, in schlimmerer Lage als die Sklaven, sich selbst verkaufen, Liebe predigen?!

Und nun der „Umsturz“! Wenn die Verfasserin der „Wandlungen“ unsere ersten Vorkämpfer, die Marx und Engels, gelesen, unsere Parteiverhandlungen, die Reden unserer Führer auch nur oberflächlich studirt hätte, so würde sie wissen, daß wir in dem von ihr beliebten Sinne niemals vom Umsturz gesprochen haben, sondern daß es nur unsere Gegner waren, die ihm jenen Sinn unterlegten, weil sie dadurch den deutschen Michel zwingen wollten, sich die Ketten großer und kleiner Sozialistengesetze anzulegen. Noch ehe von „Jenen um Bernstein“ die Rede war, hat die Sozialdemokratie den Weg gesetzlicher Maßnahmen beschritten, hat zum Beispiel eine sorgfältig ausgearbeitete Arbeiterschutzesetzgebung dem Reichstag vorgelegt, und hat sich bekanntlich sogar Bismarcks Lob zugezogen, der ehrlich eingestand, daß ohne die Sozialdemokraten auch das Bißchen Sozialreform im Deutschen Reiche nicht bestände. Andere Staatsmänner haben sich nicht scheut zugestehen, daß Deutschland nur deshalb so frei sei von anarchistischen Attentaten und Arbeiterkrawallen, weil die Sozialdemokratie eine solche Macht habe im Lande. Auch was den „Umsturz“ betrifft, sind Alte und Junge einig: sie Alle wollen auf gesetzlichem Wege die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in die gesellschaftliche herbeiführen und sehen hierin mit Recht den völligen Umsturz des Bestehenden. Wer offene Augen hat, der sieht schon heute, daß wir, dank der Sozialdemokratie, mitten im Umsturz drinstehen. Wer ihn aber als nothwendige Folge unseres Vorschreitens ansieht, der kann auch den Zukunftsstaat, in den wir täglich mehr hineinwachsen, nicht leugnen. Nicht wir, sondern unsere Gegner sind es von jeher gewesen, die, wie Fr. Wischniewska sagt, „phantastische Traumbilder“ von ihm entwarfen. Wir stehen viel zu fest auf realem Boden, als daß wir ihn schildern wollten, ja, wir wissen sogar, daß, wenn sich einmal jener Umsturz vollzogen hat, für die Menschheit eine schwere Aufgabe erst beginnen wird: die Selbsterziehung in neuen Lebensformen und Bedingungen.

Auf Grund ihrer ganz falschen Anschauungen vom Gegensatz zwischen den Alten und Jungen, kommt Frä. Wischnowska nun zu dem Resultat, die Mainzer Frauenkonferenz habe sich, indem sie meinen Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung erledigte, der lediglich dahin lautete, daß die Konferenz gegenüber der bürgerlichen Frauenbewegung in bestimmter Weise Stellung nehmen solle, der jungen Richtung zugeneigt! Obwohl ich in meinem Antrag mit keiner Silbe meiner Ansicht über die Art dieser Stellungnahme Ausdruck gegeben hatte — ich unterließ es, weil ich nichts weiter damit bezweckte als eine Aussprache herbeizuführen, und weil ich leider verhindert war, der Konferenz beizuwohnen, meine Meinung also nicht einmal vertheidigen konnte —, erklärt Frä. Wischnowska: „Ihr Wunsch war, daß die Theorie des Klassenkampfes auf die Frauenbewegung angewandt und jede Gemeinschaft mit den Bürgerlichen kurz und scharf abgewiesen würde.“

Wer ihr die tiefsten Geheimnisse meiner Seele verrathen haben mag?! Oder glaubte sie sie zu errathen, weil sie in mir, wie sie sagt, eine der erbittertesten „Gegnerinnen“ der bürgerlichen Frauenbewegung sieht? Dann hatte sie jedenfalls nicht das Recht, ihre Ansicht mit so apodiktischer Gewisheit auszusprechen. Und das um so weniger, als sie sich in Bezug auf meinen unausgesprochenen Wunsch in einem ebenso großen Irrthum befindet, als in Bezug auf die Stellungnahme der in Mainz versammelten Frauen. Sie haben — und das übersehen Frä. Wischnowska völlig — ausdrücklich erklärt, daß sie auf meinen Antrag deshalb nicht weiter eingehen wollen, weil eine Aenderung ihrer Stellung sich in keiner Weise als nothwendig erweist und diese noch genau dieselbe ist, wie auf dem Parteitag zu Gotha, wo eine Resolution zur Annahme gelangte, die in folgenden Sätzen gipfelt: „Der Emanzipationskampf der Proletarierinnen ist deshalb nicht ein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse, sondern ein Kampf im Verein mit den Männern der eigenen Klasse gegen die Kapitalistenklasse. . . . Trotz aller Berührungspunkte in rechtlichen und politischen Reformforderungen mit den Frauen der Bourgeoisie, hat die Proletarierin in den entscheidenden ökonomischen Interessen nichts Gemeinsames mit den Frauen der anderen Klassen. Die Emanzipation der proletarischen Frau kann deshalb nicht das Werk sein der Frauen aller Klassen, sondern ist allein das Werk des gesammten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts.“ In der Anerkennung dieser Grundsätze befinde ich mich in völliger Uebereinstimmung mit meinen Genossinnen. Es konnte daher auch nicht mein Wunsch sein, „daß die Theorie des Klassenkampfes auf die Frauenbewegung angewandt“ werden solle, weil keine einzige unserer Genossinnen jemals der thörichten Ansicht war, für das weibliche Geschlecht bestehe der Klassenkampf nicht.

Frä. Wischnowska zitiert einen Ausspruch, der auf der Mainzer Konferenz gefallen sein soll — ich habe ihn weder im Protokoll, noch im Bericht der „Gleichheit“ gefunden — und der, falls er nicht aus dem Zusammenhang gerissen ist, allerdings im Widerspruch zu obiger Erklärung steht. Er lautet: „Die Befreiung der Frau muß in erster Linie das Werk der Frau sein.“ Ist er gefallen, so stehe ich ihm allerdings schroff gegenüber, denn von einer wirklichen Befreiung der Frau kann erst dann die Rede sein, wenn die Menschheit aus den Ketten des Kapitalismus befreit sein wird. Das aber geschieht nur durch gemeinschaftliche Arbeit beider Geschlechter. Doch das nur nebenbei. Nachdem also die Mainzer Konferenz sich auf den Boden der Gothaer Resolution gestellt hatte, hielt sie — und darin gebe ich ihr Recht — meinen Antrag, den sie ja damit beantwortet hatte, für erledigt. Nur ein klein wenig erweiterte sie noch ihre Antwort, indem sie sagte, daß es „neutrale Arbeitsgebiete“ gäbe, auf denen es dem Tatkgefühl der Genossinnen überlassen bleiben könnte, mit den Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung gelegentlich und vorübergehend zusammen zu wirken. Mit dieser Erklärung aber hatte ich erreicht, was ich erreichen wollte. Ich wollte nur dem Zustand ein Ende machen, der sich in unserer Bewegung vielfach unangenehm fühlbar gemacht hatte und der darin bestand, daß einzelnen Genossinnen, die in der angeedeuteten Weise mit Frauenrechtlerinnen zusammen kamen, von anderen, die in solch einer noch so ferneren Berührung schon ein Unrecht sahen, mit Mißtrauen begegnet wurde. So wurde es mir zum Beispiel zum Vorwurf gemacht, daß ich mein Fernbleiben vom Londoner Frauenkongreß damit erklärte, ich wolle und könne mich nicht in eine auch nur vorübergehende Abhängigkeitsstellung vom Bund deutscher Frauenvereine begeben, der nach seinen Satzungen über die Zulassung nicht zum Bunde gehöriger Theilnehmer abzustimmen hatte, während man erwartete, ich würde die Theilnahme an solch einem Kongreß prinzipiell ablehnen. Andere haben Ähnliches erfahren. Jetzt ist der Weg frei gegeben: es kann einer Sozialdemokratin nicht mehr verdacht werden, wenn sie vor einem bürgerlichen Publikum ihre Ansichten vertritt und vertheidigt und damit ist, meiner Ansicht nach, ein großes und wichtiges Agitations-

feld frei gegeben, damit ist es uns möglich gemacht, diejenigen, die ihrer ganzen Lage nach zu uns gehören und die heute die wichtigsten Träger der bürgerlichen Frauenbewegung sind, die Lehrerinnen und die Handelsangestellten, zur Erkenntniß des Klassenkampfes zu führen und für uns zu gewinnen. Ich weiß, daß hier meine Ansicht von vielen, vielleicht von den meisten meiner Genossinnen nicht getheilt wird. Es handelt sich hierbei um eine jener taktischen Fragen, um die sich vielfach der Kampf der Alten und Jungen dreht, und die sich im gegebenen Falle darin kennzeichnet, daß die Alten jede friedliche Berührung, die den Charakter des Zusammenwirkens annimmt, mit bürgerlichen Elementen ablehnen, und die Agitation im Proletariat der Handarbeiter, die Arbeit mit ihm für das allein Nothwendige halten, während die Jungen den Kreis ihrer Agitation ausdehnen möchten, und der Meinung sind, daß es der Ausbreitung und folglich dem Sieg der sozialistischen Ideen förderlicher wäre, wenn sie in die Kreise des rasch anwachsenden Proletariats der Kopfarbeit getragen und überall der Versuch ihrer praktischen Bethätigung gemacht würde. Auch hier nun giebt es Schattierungen. Was mich betrifft, so halte ich die Erklärung der Mainzer Konferenz für richtig, die eine „vorübergehende“ gemeinsame Wirksamkeit der Vertreterinnen der proletarischen mit denen der bürgerlichen Frauenbewegung für zulässig erklärt. Dauernde Zusammenarbeit halte ich angesichts des Abgrundes, der unsere Weltanschauungen voneinander trennt, für ganz ausgeschlossen. In Deutschland sollte auch eine vorübergehende Zusammenarbeit erst nach sorgfältiger Prüfung der Wichtigkeit der momentan vorliegenden Fragen möglich sein. Wir bedürfen der bürgerlichen Frauenbewegung nicht, wie Frä. Wischnowska zu glauben scheint, denn trotz der von ihr mit solcher Genugthuung ans Licht gezogenen kleinen Reibereien zwischen Männern und Frauen in unserer Partei — die Zugehörigkeit zu ihr kann die Menschen doch nicht der Zeit, der Erziehung und dem Milieu entreißen, aus dem sie hervorgewachsen — haben wir eine nach Millionen zählende Partei hinter uns, die überall, wo es darauf ankommt, auf unserer Seite steht. Sie aber, allerdings, bedarf unserer; hinter ihr stehen nur einzelne bürgerliche Idealisten, und sie wird nichts erreichen, wenn die Sozialdemokratie ihr nicht dazu verhilft.

Nachschrift zu Genossin Brauns Artikel.

Wir ist kein Fall bekannt, wo es von leitenden Stellen aus Genossinnen, die jederzeit ihre ganze Kraft für unsere Bewegung einsetzen, als Kegererei, als Prinzipienverrath verdacht oder gar verwehrt worden wäre, gelegentlich vor einem bürgerlichen Publikum ihre Ansichten zu vertreten und zu vertheidigen. Allerdings aber dürften die Wenigsten von uns mit Genossin Braun der Ansicht sein, daß — die Nothwendigkeit und Bedeutung einer Aufklärung des Proletariats der Kopfarbeit in allen Ehren — durch Bethätigung an bürgerlichen Kongressen, Vorträge etc. vor einem bürgerlichen Publikum uns „ein großes und wichtiges Agitationsfeld“ erschlossen werde. Am allerwenigsten dürften sie die Konzentrirung von Kräften auf diesem Agitationsfeld für erpischlich erachten, so lange in der proletarischen Frauenbewegung nicht Reichthum an geistigen und materiellen Kräften vorhanden ist, vielmehr ein Mangel an solchen sich empfindlich fühlbar macht.

Genossin Braun irrt des Weiteren mit der Annahme, daß der Kampf der Alten und Jungen in der Partei sich auch vielfach darum dreht, „daß die Alten jede friedliche Berührung, die den Charakter des Zusammenwirkens annimmt, mit bürgerlichen Elementen ablehnen und die Agitation im Proletariat der Handarbeiter, die Arbeit mit ihm für das allein Nothwendige halten, während die Jungen den Kreis ihrer Agitation ausdehnen möchten und der Meinung sind, daß es der Ausbreitung und folglich dem Siege der sozialistischen Ideen förderlicher wäre, wenn sie auch in die rasch anwachsenden Kreise des Proletariats der Kopfarbeiter getragen würden“. Der internationale Arbeiterschuttkongreß zu Zürich, der Kampf wider die lex Heinze etc. etc. haben bewiesen, daß die Sozialdemokratie als Ganzes unter bestimmten Umständen ein gelegentliches Zusammenwirken mit bürgerlichen Elementen grundsätzlich nicht ablehnt. Und auch der Älteste der Alten hat sich nie in der ihm vorgeworfenen Beschränktheit zur Theorie von der alleinseligmachenden schwierigen Faust bekannt und die Agitation unter dem Proletariat der Handarbeit als das allein Nothwendige aufgefaßt.

Klara Zetkin.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In der Zeit vom 14. bis 28. Oktober hielt Genossin Greifenberg-Augsburg im Auftrag des Agitationskomites für Sachsen im 10. und 16. sächsischen Wahlkreis Versammlungen ab, welche sich mit dem Raubzug beschäftigten, der von verschiedenen Seiten auf die breite Masse ausgeübt wird. Versammlungen

fanden statt in Gelenau i. Erzg., Hohenstein-Ernstthal, Chemnitz (zwei Versammlungen), Rappell, Gablenz, Gröna, Döbeln, Rosßwein, Seringswalde, Leisnig und Waldheim. In Partha konnte leider die anberaumte Versammlung nicht stattfinden, weil den dortigen Genossen das Lokal, welches denselben bereits seit zehn Jahren zur Verfügung steht, vom Wirth in letzter Stunde entzogen wurde. Die Referentin sprach über „Weltmachtspolitik“ und über „Kohlennoth und Brotwucher“. Die Versammlungen waren alle gut besucht; besonders waren recht viel Frauen anwesend, die den Ausführungen aufmerksam lauschten. An ihrem Gesichtsausdruck konnte man erkennen, welche rege Interesse sie an dem Vortrag nahmen. Bei jeder Gelegenheit zeigt es sich, wie bei der Proletarierin das Verständnis für das öffentliche Leben, für die Politik, um die sich die Frau bekanntlich nicht kümmern soll, immer mehr und mehr wächst. Wie stark das Verlangen nach politischer Aufklärung, das Interesse am öffentlichen Leben ist, bekundeten verschiedene Frauen dadurch, daß sie einen Weg von 1½ und 2 Stunden nicht scheuten, um der Versammlung beiwohnen zu können. Dabei ist zu beachten, daß die Betreffenden am anderen Morgen schon um 6 Uhr wieder an die Arbeit mußten. Nur der Philister kann heut noch davon fasseln, daß den Frauen das öffentliche Leben nichts angehe. Der Vorurtheilslose kann sich nur wundern, daß bei den heutigen Verhältnissen es noch Frauen giebt, die den politischen Fragen gleichgültig gegenüberstehen. Sind es doch gerade die Frauen, ist es doch gerade das weibliche Proletariat, das am meisten unter der Ausbeutung und Unterdrückung leiden muß. Wie empfindlich werden nicht die Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen von den Raubzügen betroffen, welche das Kapital in Gestalt der Weltmachtspolitik, des Brots- und Kohlenwuchers unternimmt. Die Weltmachtspolitik legt ihnen nicht nur die Steuer an Gut auf, sondern auch noch die Blutsteuer, manche Mutter zittert in Angst und Sorge um ihr Kind. Die ständige Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse durch die Mächenschaften kapitalistischer Ausbeutungskünge, durch Zölle und Abgaben mehrt die Sorgen der Frauen des arbeitenden Volkes, des Mittelstandes. So erwachen diese immer mehr zum Nachdenken über ihre Lage, und der rege Besuch unserer Versammlungen seitens der Frauen ist erklärlich; natürlich ist ihr Interesse an den Ausführungen, ihre begeisterte Zustimmung zu der sozialistischen Auffassung. Von den Verhältnissen herausgefordert und gefördert, schreitet das Werk der Aufklärung des weiblichen Proletariats vorwärts und führt dem Sozialismus neue Kämpferinnen zu. M. G.

In Anhalt unternahm Genossin Tröger-Offenbach im

Auftrag des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter eine Agitationstour. Sie hielt Versammlungen ab in: Raguhn, Dessau, Rosßlau, Zerbst, Jönitz, Calbe, Bernburg, Köthen, Nienburg und Coswig. In Jönitz und Barby mußte die vorgesehene Versammlung ausfallen, in ersterem Orte weil Jahrmarkt war, im letzteren weil der Wirth den versprochenen Saal zurückzog. Auch sonst hatte die Agitationstour unter ungünstigen Umständen zu leiden. In Zerbst und anderen Orten ließ der Versammlungsbesuch zu wünschen übrig, weil ein großer Theil der Arbeiterchaft nach Feierabend und Sonntags noch mit Feld- und Gartenarbeiten, wie Kartoffel-ausnehmen etc., beschäftigt war. In Raguhn, Dessau, Rosßlau, Köthen und anderwärts waren die Versammlungen fast nur von bereits organisirten Arbeitern und Arbeiterinnen besucht, es fehlten gerade die noch unaufgeklärten und unorganisirten Lohnsklaven, die es für den Zusammenschluß zu gewinnen galt. Schuld daran trug nicht bloß deren Gleichgültigkeit, sondern auch die ungenügende Vorbereitung der Versammlungen. Die Austheilung von Handzetteln vor den Fabriken war in manchen Orten unterblieben, ebenso das Anschlagen von Plakaten. Da aber gerade sehr viele unorganisirte Arbeiter, ganz besonders aber die Arbeiterinnen keine Zeitung lesen, so war das Stattfinden der Versammlungen gar nicht genügend bekannt geworden. Der Umstand, daß 10 Pf. Eintrittsgeld erhoben wurden, hat ebenfalls den Versammlungsbesuch geschädigt. Es scheint uns im Interesse der Aufklärungs- und Organisationsarbeit geboten, auf derartige Mängel hinzuweisen, damit sie in anderen Fällen vermieden werden. Die Größe und Wichtigkeit der Arbeit, die es unter den ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen zu leisten gilt, fordert nachdrücklich eine sehr sorgfältige Vorbereitung der Agitation.

C. T.

In Berlin und Umgegend hielt Genossin Zetkin mehrere Versammlungen ab. In Spandau referirte sie über „Weltpolitik und China-Krieg“, in Berlin im 6. Wahlkreis, am Vorabend der Wahl, über die „Bedeutung des Wahlkampfes“. Die glänzend besuchte Versammlung in Spandau, der zahlreiche Frauen beiwohnten, erklärte sich in einer scharfen Resolution gegen die Politik der gepanzerten Faust und des Chinaabenteuers. Die Versammlung in Berlin war, wie alle Wahlversammlungen derart überfüllt, daß sie eine Stunde vor ihrem Beginn polizeilich abgesperrt wurde. Die Diskussion brachte eine interessante Auseinandersetzung mit mehreren Anhängern des Zentrums. Ihre Versuche, dieses als Partei der Arbeiterfreundlichkeit anzupreisen, wurden an der Hand eines reichen Thatfachenmaterials von der Rednerin mit aller Schärfe zurück-

Howa-Frauen.

Nach „La Fronde“ von Eugenie Jacobi.

Auf Madagaskar machen die Howas den Haupttheil der Bevölkerung aus. Zu den sie auszeichnenden Eigenthümlichkeiten gehört der Platz, den die Frau einnimmt. Dieselbe wird nicht als eine Geächtete oder als bloßes Arbeitsthier angesehen. Uneingeschränkte Gleichberechtigung zwischen ihr und dem Manne besteht bis zu einem gewissen Grade. Das herangereifte Mädchen ist zum Beispiel Herrin seiner selbst. Es genießt in geschlechtlicher Beziehung die Freiheit, die anderwärts einem achtzehn- bis zwanzigjährigen Jüngling gestattet ist, und wenn es dieselbe gebraucht, so gilt es darum so wenig für entehrt wie jener.

Die Howas haben betreffs des Verkehrs der Geschlechter und der Sittlichkeit ganz andere Anschauungen und Begriffe, als wie sie bei uns herrschen. Ihrer Auffassung nach wird eine Frau auch durch das freieste Liebesleben nicht entwürdigt. Wohl stellen sie die Mutter, die emsig an der Seite des Gatten und im Kreise der Kinder waltet, höher als eine solche Frau, aber sie verachten auch die Frauen nicht, die alle Fesseln abstreifen. „Alte Jungfern“ kennt man bei den Howas nicht.

In ihren Augen kann der Frau nur ein Mangel anhaften, nämlich die Kinderlosigkeit. Sie erblicken hierin das Anzeichen eines körperlichen Gebrechens und geißeln sie mit beißendem Spott. Zu einer glücklichen ehelichen Vereinigung gehören ihrer Ansicht nach Kinder. Die Geburt eines Kindes wird freudig begrüßt und durch Feste gefeiert. Bekannten macht der Vater von dem erwünschten Ereigniß in folgender Form Mittheilung: „Meine Frau ist auferstanden.“ Die Geburt wird als ein Kampf zwischen Leben und Tod betrachtet.

Der eigentlichen Heirath geht eine Art Versuchshe voran.

Ein junger Mann tritt zu derjenigen, die er als Lebensgefährtin erkoren hat, in nahe Beziehungen. Er lebt mit ihr zusammen und heirathet sie erst, nachdem der Hauptzweck der ehelichen Vereinigung gesichert ist: Nachkommenschaft. Es ist keineswegs selten, daß die Hochzeit erst ganz kurz vor der Geburt des Kindes stattfindet. Niemand wundert sich darüber, und die junge Frau ist gerade auf ihren Zustand sehr stolz. Mutterschaft gilt stets als etwas Ruhmesthmes.

Keinem Howa fällt es ein, Werth auf die Vergangenheit einer Frau zu legen. Eine Eifersucht, die sich auf die Beziehungen in der Zeit vor der Versuchs- und der eigentlichen Ehe bezieht, gehört zu den unbekannteren Dingen. Durch das Hervorkehren derselben würde der Howa sich nur lächerlich machen.

Nach dem Abschluß der dauernden Ehe, nachdem also ein fester Familienstand regelrecht begründet worden ist, steht der Frau nicht mehr das Recht der freien Verfügung über ihre Person zu. Nun gehört sie der Familie, dem häuslichen Herde an. Strenge ahndet das Gesetz den Ehebruch, und zwar schwerer beim Manne als bei der Frau. Letztere trifft nur in einem Falle die höhere Strafe, die härteste, die überhaupt für den Ehebruch vorgesehen ist. Dieselbe besteht in lebenslänglicher Sinkerkerung und wird über eine Frau verhängt, die ihren Mann hintergeht, während er dem Militärdienst obliegt. „Die der Ehe vorangehende Versuchszeit wurzelt fest in unseren Sitten und behält hoffentlich noch recht lange Bestand“, erklärte Jean Carol, ein sehr angesehener Howa. „Auf die Jungfränklichkeit geben wir nichts. Sie erfüllt uns im Gegentheil mit Besorgniß und Mißtrauen. Wir legen jedoch ausschlaggebenden Werth darauf, daß Eheleute zu einander passen. Bevor Mann und Frau sich zu einem langen Zusammenleben vereinigen, müssen deshalb beide Gelegenheit gehabt haben, sich gegenseitig prüfen zu können. Zeigt es sich, daß die nothwendige Uebereinstimmung fehlt, so ist ein Abbruch der Beziehungen durchaus

gewiesen. — Genossin Zetkin referirte noch in Berlin in einer öffentlichen Versammlung der Wäscherinnen und Plätterinnen über das Thema: „Arbeiterinnenschutz“. Der große Saal der Brauerei Lips war dicht gefüllt und zwar setzte sich das Publikum erfreulicher Weise fast ausschließlich aus Wäscherinnen und Plätterinnen zusammen. Auf zahlreiche Thatsachen und Zahlen gestützt, welche dem bekannten Werke des Dr. Johannes Feig, den Berichten der Fabrikinspektoren und der Erhebung der Reichskommission für Arbeiterstatistik entstammten, gab die Rednerin ein Bild der Arbeits- und Lebensbedingungen der Wäscherinnen und Plätterinnen. Sie wies des Weiteren nach, daß diese sowohl umfassenden gesetzlichen Schutzes, wie der gewerkschaftlichen Organisation bedürften, um ihre Existenz zu einer menschenwürdigen zu gestalten. In der Diskussion brachten Genosse Trinks und die Genossinnen Ihrer und Budau z. eine Reihe schwerer Mißstände zur Sprache, unter denen die Wäscherinnen und Plätterinnen leiden. Wie von verschiedener Seite festgestellt wurde, wagten viele derselben nicht, gleichfalls das Wort zu ergreifen, weil einige Direktrizen und andere Angestellte großer Wäschefabriken der Versammlung beiwohnten, und die Arbeiterinnen in der Folge eine Denunziation und Maßregelung befürchten mußten. Der nämliche Umstand bewirkte auch, daß unmittelbar nach Schluß der Versammlung sich nur wenige Arbeiterinnen, der ergangenen Aufforderung entsprechend, zur Aufnahme in die Organisation zu melden wagten. Die Anmeldungen erfolgten erst später; der Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche hat durch die Versammlung 100 neue Mitglieder gewonnen.

In Stuttgart und Erfurt hielt Genossin Ihrer auf ihrer Rückreise von der Schweizer Agitationstour Versammlungen ab. Die Versammlung in Stuttgart war der Aufklärung und Organisation der Arbeiterinnen gewidmet. Unter gespanntem Interesse der anwesenden Arbeiterinnen behandelte die Rednerin das Thema: „Verschützt die Arbeiterinnen vor Noth und Gefahr?“ Mit ebenso viel Sachkenntnis als Mitgefühl für die Lage der Proletarierinnen verbreitete sich Genossin Ihrer über die Nothwendigkeit des gesetzlichen Schutzes, wie der Gewerkschaftsorganisation. In Anschluß an den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag schilderten mehrere Arbeiterinnen Uebelstände ihrer Berufstätigkeit und forderten zum Eintritt in die Gewerkschaften auf. In Erfurt sprach Genossin Ihrer in einer sehr gut besuchten öffentlichen Volksversammlung über den „Internationalen Sozialistenkongreß zu Paris“. — Ueber „Weltpolitik und die politische Lage“ sprach Genossin Ihrer in drei ländlichen Orten des Kreises Osthavelland,

in Belten, Marwitz und Hennigsdorf an aufeinanderfolgenden Sonntagen im November. Alle Versammlungen waren, speziell auch von Frauen, gut besucht, deren lebhaftes Interesse bewies, wie mehr und mehr auch bei dem weiblichen Geschlecht das politische Verständniß wächst. Gegner, die sonst in diesen Orten die Regierungspolitik zu verteidigen pflegten, hatten sich diesmal nicht eingefunden. Eine Resolution im Sinne des Referats wurde überall einstimmig angenommen. — In Berlin N. referirte Genossin Ihrer in einer sehr stark besuchten Versammlung über: „Die Konsumvereine ein Kampfmittel der Arbeiterbewegung“. Auch in dieser Versammlung waren zwei Drittel der Besucher Frauen, die ihr Interesse an der Sache bekundeten, indem sie sich sehr zahlreich zur Mitgliedschaft meldeten. Das allgemeine Interesse an den Konsumvereinen ist in Berlin im Steigen, der vor kurzem gegründete Verein zählt nun bereits über 700 Mitglieder.

Unter den Arbeiterinnen und Arbeitern der Tabak- und Zigarettenindustrie agitirte Genossin Vogel-Charlottenburg in letzter Zeit mit besten Resultaten. In Dresden sprach sie in einer Versammlung, die von etwa 250 Zigarettenarbeiterinnen besucht war, von denen 52 dem Verband der Tabakarbeiter beitraten. In Frankenberg erfreute sich die Versammlung eines sehr guten Besuchs, zumals seitens der Frauen. In der Versammlung selbst, wie in der am folgenden Tage betriebenen Hausagitation wurden dem Verband mehr als 100 neue Mitglieder gewonnen, und zwar der großen Mehrzahl nach Arbeiterinnen. In beiden Versammlungen gelangte unsere Resolution, den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz betreffend, einstimmig zur Annahme. „Es geht vorwärts“, das ist der trostreiche Eindruck, den die Referentin von ihrer Agitation mit heimbrachte.

A. V.

Am 1. November war Genossin Ziez-Hamburg dem Rufe des „Vereins deutscher Sozialisten“ zu Brüssel gefolgt und sprach im weißen Saale des Maison du Peuple über: „Kämpfe des deutschen Proletariats“. Außer den Mitgliedern des politischen Vereins waren eine Anzahl Mitglieder deutscher Gewerkschaftsorganisationen mit ihren Frauen in der Versammlung erschienen. Letztere folgten mit sichtlichem Interesse den Ausführungen. Wie sehr unsere deutschen Genossen in Brüssel sich über alle politischen Vorgänge im Vaterland auf dem Laufenden zu erhalten suchen, beweist nicht nur der Umstand, daß der „Vorwärts“ und „Der Wahre Jacob“ hier sehr viel gelesen werden, dafür spricht auch die Tagesordnung der nächsten Versammlung: „Die Betheiligung der Sozialdemokraten an den preußischen Landtagswahlen“. — In öffentlichen

gerechtfertigt. Ich weiß recht gut, daß man uns anderwärts solche Zustände verargt. Dafür aber kommt's bei uns selten vor, daß Mann und Frau sich gegenseitig das Leben durch Zwietracht vergällen.“

Ein verhängnißvoller Augenblick.

Von Eugenie Jacobi.

Zwischen einem an Bäumen und Nasenplätzen reichen Garten und einem großen Fabrikhof steht ein Bohnhaus von alterthümlicher Bauart. Die zum ersten Stockwerk hinaufführende Treppe ersteigend gelangt man nach einem geräumigen Flure.

Seine drei Fenster sind sämmtlich geöffnet worden. Ungehindert strömen die erquickenden, zauberfrischen Düste eines herückend schönen Maitags herein. Auf den alten, ausgetretenen Dielen tanzen die frühlingswarmen Sonnenstrahlen in lieblichem, neckischem Spiele flimmernd und glitzernd auf und nieder.

Eine von den Thüren, welche nach dem Flure zu münden, ist nur angelehnt. In ihrem Rahmen steht, mit einer Nachbarin plaudernd, eine Frau, an die ihr siebenjähriges Töchterchen sich schmiegt. Die Unterhaltung dreht sich hauptsächlich um das erst wenige Wochen alte Brüderchen der Kleinen.

Da entfällt einer der Sprecherin die von der Anderen sehr beifällig aufgenommene Aeußerung: „Ich freue mich recht darüber, daß ein Junge eingetroffen ist. Knaben sind doch besser als Mädchen.“

Weit und angstvoll öffnen sich bei diesen grausamen Worten zwei kleine Augen. Sie irren in unfassbarem Befremden hin und her zwischen dem Munde, der so lieblos urtheilte, und dem, der so unbedingt zustimmte. Kein Laut aber kommt über die zuckenden Lippen. Die aufhorchende Kleine, über die man in diesem

Augenblick völlig gedankenlos hinwegsieht, steht wie gebannt, als ob sie von einem lähmenden Schläge getroffen wäre, da.

„Knaben sind doch besser als Mädchen!“ In vielfachem, schrill-gellendem Echo hallt dieser Ausspruch in ihrer Seele wider. Verzweifelt, in heißem, verzehrendem Schmerze fragt sie sich — ach, wie so oft: „Was kann ich dafür, daß ich schlechter, daß ich nur ein — Mädchen bin?“

* * *

Seit dem Tage, an dem unbedachtsam ein geringschätzendes Urtheil über ein Menschenleben ausgesprochen wurde — und wenn es auch nur das eines Mädchens war! — sind viele Jahre dahingeschwunden. Ergrautes Haar deckt nun bereits den Scheitel des einstigen Kindes. Mit Flammenzeichen aber — und genau bis in die kleinsten Einzelheiten hinein! — ist die Erinnerung an jenen verhängnißvollen Augenblick in der Seele haften geblieben.

Das in dem jungen Gemüth bei dem erhaltenen Schläge zuerst aufzuckende brennende Schmerzgefühl war zwar bald erloschen, doch es blieb eine Wunde zurück, die nicht vernarbte, und auf die kein Linderndes Balsam fiel. Wohl aus einer Art Stolz verschloß die Betroffene das herbe Weh in sich.

Ihr zartes Alter machte es ihr unmöglich, mit den Waffen des Verstandes gegen das gehörte herbe Wort anzukämpfen. Den schlimmen Fortwirkungen blieb sie daher um so schutzloser preisgegeben. Um ihr Inneres legte sich ein erstarrender Reif. Die Hart- und Sorglosigkeit der Kindheit war ihr genommen, der Zauber des Jugendlebens zerstört. Zu einem Fremdling unter den Menschen wuchs sie heran, ein Fremdling unter denselben blieb sie für immer.

In den beiden Frauen aber, die keineswegs roh und herzlos waren, ist nie auch nur dämmernd eine Ahnung des durch ihre Worte angerichteten Unheils aufgestiegen.

Metallarbeiterversammlungen sprach Genossin Zieg in letzter Zeit in Ohligs und Solingen. In Ohligs war trotz des ungünstigen Tages die Versammlung gut besucht, nur waren leider wenig Frauen erschienen, obgleich hier in der Schirmbranche sehr viele Arbeiterinnen beschäftigt sind. Die an den Vortrag sich knüpfende Debatte bewies, wie durch die unaufhaltsam fortschreitende technische Entwicklung den kleinen, bisher selbständigen Meistern in der Messer- und Scherenfabrikation die Konkurrenzmöglichkeit immer mehr erschwert wird; wie die Frauen und Kinder mitarbeiten müssen, und daß trotzdem der Verdienst gegen früher gesunken ist. In Solingen war ebenfalls die Versammlung gut besucht, aber wiederum nur wenig von Frauen. Dabei sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Korsettstangenfabrikation beschäftigten Arbeiterinnen überaus traurige. Wir werden darüber an anderer Stelle berichten. Die moderne Organisation der Metallarbeiter ist hier noch sehr jung. Bisher bestanden unter den Solinger Metallarbeitern nur eine Unmenge lokaler Branchenorganisationen, wie die der Messerschläger, Härter, Heider u. s. w. In der Folge hatte ein Fabrikant mit fünf bis acht Organisationen zu rechnen. Mehr und mehr bricht sich aber auch hier die Erkenntnis Bahn, daß das eine arge Kräftezersplitterung ist, die den Einfluß der Arbeiter eminent schwächt, und so wird hoffentlich die Zeit nicht mehr fern sein, wo sich sämtliche lokale Organisationen dem Deutschen Metallarbeiterverband anschließen. — Genossin Zieg referierte kürzlich des Weiteren in einer öffentlichen Versammlung der Schneider in Elberfeld. Außerordentliche Mühe hat die Leitung der dortigen Filiale des Verbandes sich gegeben, um die Organisation auszubauen, leider war jedoch bisher das Ergebnis durchaus unbefriedigend. Auch die öffentliche Versammlung war nur mäßig besucht. Die meisten Schneider und Schneiderinnen sind Heimarbeiter, denen äußerst schwer beizukommen ist, und doch bedürfen gerade sie der Aufklärung, der Verständigung und des Zusammenschlusses, denn ihre Löhne sind überaus niedrige, ihre Arbeitsbedingungen im Allgemeinen ungemein traurige. — In Hamburg war eine öffentliche Versammlung aller in der Wäschekonfektion und Korsettfabrikation beschäftigten Arbeiterinnen einberufen, in der Genossin Zieg über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Notwendigkeit der Organisation“ dieser Arbeiterinnen referierte. Auch diese Versammlung war mäßig besucht. Erstens herrscht in den betreffenden Industriezweigen meist Heimarbeit, und dann sind die Arbeiterinnen so überaus ängstlich, daß sie nicht wagen, in eine Versammlung zu gehen. Mit dem Erfolg konnte man trotzdem vollauf zufrieden sein, traten doch dem Schneiderverband 25 Personen bei, für welche eine besondere Sektion geschaffen werden soll. Es wird eine zweite Versammlung einberufen werden, zu welcher die neu gewonnenen Mitglieder eifrig zu agitieren versprochen. Hoffentlich wird sich in Hamburg recht bald eine größere Anzahl von Wäsche- und Korsettarbeiterinnen einen Rückhalt in der Organisation schaffen und mit Hilfe derselben die schlimmsten Mißstände der Branchen beseitigen.

Von der Organisation. Dank der Anregungen der Frauenkonferenz zu Mainz sind in den letzten Wochen bereits in den verschiedensten Gegenden weibliche Vertrauenspersonen der Genossinnen gewählt worden. Als Vertrauenspersonen wurden gewählt: in Ottensen Frau Lichtenberg, in Preetz i. Holstein Frau Plenter, in Altona Frau Baumann, in Wandersbeck Frau Ewers. Als Kreisvertrauensperson für den 8. und 10. schleswig-holsteiner Wahlkreis wurde Genossin Kähler-Warmbeck ernannt. Vertrauensperson für Elbing ist Frau Stamm, für Königsberg Frau Nowagrotzki, für Düsseldorf Frau Groppe, für KOSTOK Frau Bugdahn. Die Genossinnen, welche Namen und Adresse ihrer Vertrauensperson der Zentralvertrauensperson noch nicht gemeldet haben, werden ersucht, das so umgehend als möglich zu thun.

Notizentheil.

(Von Lily Braun und Maria Betkin.)

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die Arbeitsbedingungen der Schweizer Arbeiterinnen sind im Allgemeinen ebenso traurige und verbesserungsbedürftige, wie die ihrer deutschen Schwestern. In Winterthur sind die Arbeiterfrauen vor Allem in der Hausindustrie beschäftigt. Manche nähen Arbeitsblousen und Hosen und verdienen damit 25 Cts. (20 Pf.). Den Nähfaden müssen sie von ihrem kümmerlichen Verdienst zahlen. Andere Hausarbeiterinnen fassen Schuhe ein. Auch bei größtem Fleiße kommen die Hausarbeiterinnen nicht über einen Tagesverdienst

von 90 Cts. (72 Pf.) hinaus. Auch der Tagesverdienst der Fabrikarbeiterinnen des Ortes ist sehr niedrig, er schwankt zwischen 1,50 und 1,80 Frs. (1,20 und 1,44 Mk.) und darunter. Zieht man in Betracht, daß in der Schweiz die Preise für Lebensmittel ziemlich hoch sind, ebenso die Wohnungsmieten, so muß der angegebene Verdienst als ein geradezu erbärmlicher bezeichnet werden. Und doch müssen sich in Winterthur und Umgegend viele Hunderte von Arbeiterinnen damit begnügen. In Winterthur sind nämlich Arbeiterinnen beschäftigt: in der Seidenspinnerei 700—800, in der Glastikfabrik etwa 100, in einer Gelatinefabrik gegen 50; in zwei Schuhfabriken 350 und in einer mechanischen Stickerie 250. Im benachbarten Löß beträgt die Zahl der Arbeiterinnen: in der Baumwollspinnerei bis zu 300; in der Bisquitfabrik 150; in einer Nudel- und Makaronifabrik 75; in einer Karton- und Papierfabrik 200. Eine kleinere Zahl weiblicher Arbeiter schafft außerdem in einer Licht- und Seifenfabrik. In Frauenfeld ist die Lage der Arbeiterinnen kaum besser. In der dortigen großen Schuhfabrik allein sind abwechselnd 600—700 Arbeiterinnen beschäftigt. Es wird fast ausschließlich im Afford gearbeitet; jugendliche Arbeiterinnen verdienen täglich bis 80 Cts. (65 Pf.), erwachsene bis 2 Frs. (1,60 Mk.). In einer Seidenweberei des Ortes schaffen 40—50 Arbeiterinnen, in einer Tabakfabrik 25, in einer Baumwollweberei 66. Arbeiterinnen jeder Kategorie klagen über niedrige Entlohnung. Die Firma Löh, Schönfeld & Co., Besitzerin der größten Stickeriefabrik zu Norschach, versteht sich ganz besonders trefflich auf die Ausbeutung und Unterjochung ihres Arbeitspersonals. Sie hat für ihre Lohnslaven zahlreiche Cottages gebaut, die gleichsam neben der Stadt einen eigenen kleinen Ort bilden, einen Ort, in dem das Unternehmertum fast schrankenlos herrscht. Der heute entlassene Arbeiter fliegt morgen schon mit seiner Familie aus der Wohnung, die kapitalistisches „Wohlfühlen“ ihm erstellt hat. Die unverheirateten Arbeiterinnen der Fabrik finden in besonderen Arbeiterinnenheimen Aufnahme. Sie stammen aus dem Auslande, ein Drittel von ihnen sollen Italienerinnen, zwei Drittel Württembergerinnen sein. Einheimische Arbeiterinnen sind nicht zu bekommen, weil die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu jämmerliche sind. Die Heime werden von katholischen Schwestern geleitet, welche die Arbeiterinnen auf ihrem Wege zur Kirche und heimwärts begleiten. Neueintretende Mädchen müssen sich der Firma zu dreijährigem Frohn verpflichten. Sie erhalten während dieser Zeit alles geliefert, was sie bedürfen, jedoch kein bares Geld. Beim Antritt heißt es, daß etwaige Ueberschüsse in ein Sparlassenbuch eingetragen werden. Nach Ablauf der Vertragszeit soll sich jedoch häufig herausstellen, daß die Mädchen für Kleidung und Unterhalt der Firma noch schulden und in der Folge gezwungen sind, noch weiter bei Löh, Schönfeld & Co. zu arbeiten. Das raffiniert ausgeklügelte System der Ausbeutung und Versklavung der Arbeiterinnen funktioniert vortrefflich, und zwar, welcher Lohn! nicht zum mindesten dank des Eifers, mit dem Vertreter der katholischen Kirche die Geschäfte des jüdischen Kapitals besorgen. So wurde wenigstens in öffentlicher Versammlung erklärt. In der Seidenfabrik zu Kriens, wo neben 50 Männern 400 Arbeiterinnen schaffen, verdienen erstere einen Tagelohn von 4 Frs. bis 4,50 Frs. (3,20 bis 3,60 Mk.), letztere dagegen nur 1,50 Frs. bis 2 Frs. (1,20 bis 1,60 Mk.). Die Arbeiterinnen in der Makaronifabrik des Ortes sollen nur den niedrigsten der angegebenen Lohnsätze erreichen und obendrein noch unter sehr ungünstigen Zuständen im Betriebe leiden. Der Kampf für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen ist auch für die Schweizer Arbeiterinnen eine Notwendigkeit. Laut und eindringlich predigen ihnen deshalb die Thatsachen den Segen der Organisation.

E. J.

Sozialistische Frauenbewegung im Auslande.

Die Gruppe der sozialistischen Frauenrechtlerinnen von Paris hat eine Aktion beschlossen, um die Aufhebung des Artikel 340 des Zivilrechts herbeizuführen, welches die Nachforschung nach der Vaterschaft verbietet, sowie die Festlegung gesetzlicher Bestimmungen, welche diese Nachforschung möglich und wirksam machen. Der Kammer soll eine entsprechende Eingabe zugehen, für welche die sozialistischen Frauenrechtlerinnen Unterschriften sammeln. Eine dreigliedrige Kommission ist mit dem Studium der einschlägigen Fragen und mit Durchführung der zu unternehmenden Schritte beauftragt. Versammlungen, Vorträge, Artikel sollen die Forderung unterstützen und ihr die Sympathie weiterer Kreise gewinnen. Aufgabe der Kommission ist es unter Anderem auch, andere politische und soziale Organisationen, welche die eingeleitete Agitation fördern wollen, mit Material und Rednerinnen zu versorgen.

Eine Protestbewegung der Wiener Genossinnen gegen die Entziehung der Wöchnerinnenunterstützung ist kürzlich eingeleitet worden und wird energisch betrieben. Ihr liegt folgender

Thatbestand zu Grunde. Bisher mußten die Landesräthe für die Verpflegungskosten armer Wöchnerinnen im Gebärhaus aufkommen. Die Landesauschüsse von Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark ebenso wie der Wiener Magistrat wollen dagegen, daß künftig das Krankengeld der Wöchnerinnen zur Begleichung der Pflegekosten herangezogen werden soll. Das schmachvolle Attentat gegen das Recht der Hilfsbedürftigsten der Hilfsbedürftigen ist ganz besonders auf Rechnung der Christlich-Sozialen, d. h. der klerikalen Antisemiten im Landesauschuß von Oberösterreich und im Wiener Magistrat zu setzen. Letzterer stellte im September den Krankenkassenleitungen einen Erlaß zu, der besagte, daß zur Deckung der Verpflegungskosten in der Gebäranstalt das Krankengeld jener Wöchnerinnen einzubehalten sei, die in Oberösterreich heimathberechtigt sind. Die Gebäranstalt beansprucht pro Tag 1,30 Gulden Pflegegeld. Da die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 10 Tage beträgt, so stellen sich die Verpflegungskosten auf 13 Gulden. Die meisten Arbeiterinnen sind bei der Krankenkasse mit 48 Kreuzer täglich versichert und beziehen mithin für die 28 Tage der Schutzzeit ein Krankengeld von 13,44 Gulden. Wird die schmachvolle Absicht der frommen Reaktionen verwirklicht, so würde die Arbeiterin also von der Krankenkasse nur 44 Kreuzer gleich 88 Heller herausbekommen. Da ihr Aufenthalt in dem Gebärhaus nur für 10 Tage vorgesehen bzw. gedeckt ist, sie aber nach § 94 der Gewerbeordnung erst nach 4 Wochen wieder zur gewerblichen Arbeit zurückkehren darf, so verbleiben ihr und ihrem Kinde für 18 Tage ganze 88 Heller. Die wenigsten Arbeiterinnen, welche in der Gebäranstalt niederkommen, können auf Unterstützung und Hilfe seitens von Familienangehörigen rechnen. Ebenso wenig sind sie im Stande, von ihrem kargen Lohne etwas für die Stunde der Noth zu sparen. Der Anschlag des antisemitischen Klüngels überliefert also Mutter und Säugling nicht nur dem bittersten Elend, sondern im buchstäblichsten Sinne des Wortes dem Hunger. Die Wiener Arbeiterkrankenkassen, deren Leitung sich in den Händen von Sozialdemokraten befindet, protestirten in einer imposanten Versammlung gegen das skandalöse Vorgehen der klerikalen Körperschaften. Ihr Vorsitzender, Genosse Widholz, erklärte, die Kassen würden nach wie vor den Wöchnerinnen das Krankengeld auszahlen. An den Landesfonds werde kein Kreuzer abgeführt werden, die Kassen ließen es auf die Pfändung ankommen. Es traten dann die Genossinnen Wiens in eine imposante Protestbewegung ein. In den verschiedensten Stadttheilen und Vororten haben neun große Frauenversammlungen stattgefunden, in denen die Genossinnen Popp, Schlesinger, Lippa, Seidel und Ulrich referirten. Es gelang der entfalteten Agitation, die breitesten Massen der Arbeiterinnen über das geplante Verbrechen aufzuklären und zum nachdrücklichsten Protest dagegen wachzurütteln. Der Zubrang zu allen Versammlungen war ein geradezu riesiger. Frauenmassen, wie man sie noch nie beisehen gesehen, füllten die Säle, und zwar rekrutirten sich die Versammlungsbefucherinnen fast ausschließlich aus Arbeiterinnen. Verschwindend gering war die Zahl anderer Frauen und die der Männer, welche den Versammlungen beiwohnten. Mit geradezu fieberhaft gespannter Aufmerksamkeit folgten die Arbeiterinnen den Worten der Referentinnen. Wenn dieselben die Existenzverhältnisse der Proletarierinnen, ihre traurige Lage als Schwangere und Wöchnerinnen schilderten, die entsetzlichen Folgen der beabsichtigten Schädigung nachwiesen, ertönte vielfach herzerreißendes Schluchzen und lebhafteste Zustimmung aus der Mitte der Versammlung. Auf der höchsten Entrüstung wurden gegen die Haltung des klerikalen Gelichters laut, das im oberösterreichischen Landesauschuß und im Wiener Magistrat ausschlaggebend ist. Die Protestversammlungen boten Gelegenheit, auch die dringend verbesserungsbedürftigen Zustände in den Gebär- und Findelhäusern zu erörtern. Es wurde nachgewiesen, daß daselbst den armen Wöchnerinnen auch jetzt nichts geschenkt wird. Die Schwangeren, welche in die Gebäranstalt eintreten, müssen sich verpflichten, den Studienzwecken zu dienen und alle ihnen zugewiesenen Arbeiten zu verrichten, sogar das Waschen und Scheuern. Sollen die Kinder im Findelhause verbleiben, so müssen die Mütter zwei Monate in der Anstalt und zwei Monate in Privathäusern als Ammen dienen, vorausgesetzt, daß sie dazu körperlich tauglich sind. In den meisten Findelhäusern muß jede Amme durchschnittlich zwei Kinder stillen, im Findelhaus zu Spalato (Dalmatien) gar drei. Die Folge davon ist, daß die Ammen sehr häufig erkranken und schwach werden. In allen Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, welche das Vorgehen der Landesauschüsse und des Wiener Magistrats auf das Schärffste mißbilligt und die Krankenkassen auffordert, den Kampf gegen den Angriff auf das Recht der Wöchnerinnen aufzunehmen und diesen bis zur endgültigen Entscheidung das Krankengeld auszuführen. — Die Versammlungen forderten noch eine gründliche Verbesserung des Arbeiterschutzes zu Gunsten der Frauen, insbesondere aber der Wöchnerinnen. Sie beschäftigten sich des Weiteren mit dem Fleisch-, Brot- und

Kohlenwucher und der Steigerung der Miethpreise, sowie mit den bevorstehenden Reichsrathswahlen. Unter begeistertem Beifall forderten die Rednerinnen die Arbeiterinnen auf, mit Eifer und Opfermuth für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten zu wirken und in Ermangelung des politischen Rechtes ihren ganzen Einfluß zu gebrauchen, damit wirkliche Volksvertreter in das Parlament gelangen.

Der Kongreß der sozialistischen Arbeiterinnen- und Frauenorganisationen Belgiens findet am letzten Sonntag des Januar 1901 in Gent statt. Die Tagesordnung des Kongresses soll mit Berücksichtigung der Anträge festgestellt werden, welche einlaufen. Genosse Anseele unterstützt die Genossinnen bei Organisation des Kongresses.

Kellnerinnenfrage.

Der Münchener Kellnerinnenverein hielt kürzlich eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher von der Vorsitzenden noch einmal die Zwecke des Vereins dargelegt wurden: Hebung der Lage des Kellnerinnenstandes nach außen und nach innen durch Regelung des Stellenvermittlungswesens, Begrenzung der Arbeitszeit, Gründung von Unterstützungsstellen zc. Die Hauptthätigkeit der Organisation soll sich vorerst auf die gänzliche Umgestaltung des Stellenvermittlungswesens erstrecken, um die Ausbeutung durch gewissenlose Stellenvermittlerinnen aus der Welt zu schaffen. Gut bewährt hat sich die kostenlose Stellenvermittlung des städtischen Arbeitsamtes. Die Zahl der vermittelten Stellen ist von Jahr zu Jahr gestiegen und betrug im Jahre 1899 über 1400. Für 1900 läßt sich in Anbetracht der bisherigen Frequenz eine noch höhere Zahl von zugewiesenen Stellen erwarten. Leider scheuen jedoch viele Arbeitgeber immer noch den hier und da weiten Weg bis zum Arbeitsamt. Es soll nun laut Versammlungsbeschluß den Restaurateuren und Gastwirthen mittels eines Rundschreibens nahe gelegt werden, die Dienste des städtischen Arbeitsamtes mehr noch wie bisher in Anspruch zu nehmen. Des Weiteren sollen die Kellnerinnen gleichfalls durch Rundschreiben aufgefordert werden, die Privatstellenvermittlung strikte zu meiden. In einem Vortrag über „Kranken- und Invalidenversicherung“, gehalten von Arbeitersekretär Zimm, machte der Referent den Anwesenden klar, welche Vortheile diese beiden Einrichtungen den Kellnerinnen bieten könnten, wenn diese nur von ihren Rechten den gehörigen Gebrauch machten. Er rieth ihnen deshalb, eine rege Bethätigung auf dem Gebiet der Krankenversicherung zu entfalten, hauptsächlich aber sich an den Vertreterwahlen der Krankenkasse zu betheiligen. Eingehende Besprechung erfuhr die dem Reichstag zu unterbreitenden Anträge zum Zwecke einer Hebung des Kellnerinnenberufs, wie Regelung der Arbeits- und Ruhezeit, Aufstellung von Ueberwachungsorganen bzw. Unterstellung unter die Gewerbeinspektion zc. Dr. Brendel führte aus, daß die Beschlüsse der Kommission für Arbeiterstatistik nicht genügen. Man solle daher jetzt den günstigen Zeitpunkt nicht unbenützt vorübergehen lassen und für die nöthigen Reformen eintreten. Es wurde dieser Auffassung entsprechend der Beschluß gefaßt, eine genau formulierte Eingabe an Reichstag und Bundesrath abzufassen, in der die erhobenen Forderungen begründet werden sollen. Die Eingabe soll einer nach ungefähr drei Wochen einzuberufenden öffentlichen Kellnerinnenversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Wie wohl nicht anders zu erwarten stand, hat die aufstrebende Kellnerinnenbewegung gar bald das Mißfallen der Arbeitgeber erregt. So wurde von verschiedenen Seiten mitgetheilt, daß Maßregelungen wegen Beitritt zur Organisation vorgekommen sind. Nichtsdestoweniger aber sind die Kellnerinnen von Muth befeelt und lassen sich angelegen sein, verständnißvoll für eine Verbesserung ihrer Existenz zu wirken. Ein erfreuliches Anzeichen dafür waren die Ausführungen, welche drei Kellnerinnen in der letzten Versammlung machten, und die sorgfältig und geschickt zusammengestellt waren. Von wesentlichem Vortheil für die Entwicklung der Kellnerinnenbewegung in München ist es, daß hier die Kellnerinnen nicht auf dem tiefen Niveau stehen, wie dies meist in Norddeutschland, zumal aber in Berlin, der Fall ist, und daß sie eine geachtete Stellung einnehmen als dort. Allerdings fehlt es nicht an Ausnahmen, aber immerhin ist im Allgemeinen die Kellnerin in München besser daran, als ihre norddeutsche Kollegin.

B. T.

Frauenstimmrecht.

Die sozialistische Agitation für das Frauenstimmrecht in Belgien wird kraftvoll betrieben und gewinnt immer weitere Kreise der arbeitenden Bevölkerung für die Forderung der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. In hervorragender Weise wirkt Genossin Gatti de Gamaud, eine frühere, sehr verdienstvolle

Frauenbewegung.

Schulvorsteherin, für das Frauenwahlrecht. In fast allen größeren Städten und Industriezentren hat sie während der letzten Monate Versammlungen abgehalten, in denen sie die einschlägige Forderung begründete. So sprach Genossin Gatti de Gamond, z. B. in Brüssel, Lüttich, Verviers, Gent, Molenbeck, La Louvière, Lobelinsart etc. Die Versammlung in dem letztgenannten Orte war besonders interessant, weil die Zuhörerschaft zur großen Mehrzahl aus den weiblichen Familienangehörigen der streikenden Glasarbeiter bestand. In Verviers und den umliegenden Ortschaften agitiert Genossin Delsante für das Frauenstimmrecht; in Lüttich und Umgegend Genossin Basson; im Bezirk von Charleroi Genossin Lothier; in Gent, Alost, Grammont und anderen vlämischen Industriezentren Genossin Foulon. Die Agitation wird sehr wirksam von den Arbeiterinnenorganisationen, sowie von den Vereinen der „Jungen Garde“ unterstützt, jener Parteigruppierung, welche besonders den Kampf gegen den Militarismus führt. Auch die bekanntesten Führer der sozialistischen Arbeiterpartei, allen voran Genosse Wandervelde, treten, wie wir schon berichteten, in Wort und Schrift rückhaltlos für das Frauenwahlrecht ein. Die Vorkämpferinnen und Vorkämpfer für das volle Bürgerrecht der Frau finden überall eine zahlreiche, oft auch eine begeistert zustimmende Zuhörerschaft. Besondere Erwähnung verdient, daß nicht nur das sozialistische industrielle Proletariat sich für das Frauenwahlrecht erklärt, sondern daß die Forderung auch bei der bäuerlichen Bevölkerung lebhaften Anklang findet. An der letzten Manifestation zu Gunsten der Amnestie und des allgemeinen Wahlrechts, welche die sozialistische Arbeiterpartei am 11. November in Brüssel organisiert hatte, nahmen gegen 500 Frauen und Mädchen Theil, die als geschlossene Gruppe im Zuge marschirten. Vor der Gruppe wurde ein großes Banner getragen mit folgender Inschrift: „Die sozialistischen Frauen fordern das allgemeine Wahlrecht.“ Es war das erste Mal, daß in Belgien Frauen durch eine Straßenmanifestation ihre politische Gleichberechtigung verlangten. Die Zahl der Manifestantinnen würde eine viel beträchtlichere gewesen sein, wenn nicht Hunderte von Lehrerinnen, Verkäuferinnen, Komptoiristinnen, Arbeiterinnen etc. von der Kundgebung durch die Furcht ferngehalten worden wären, ihr Brot zu verlieren. Die ruhige, würdige Haltung der demonstrierenden Frauen und Mädchen hat einen tiefen Eindruck auf die Bevölkerung gemacht.

Die Befürworter des Frauenstimmrechts in England hoffen, daß die stattgehabten Neuwahlen etwa 200 Abgeordnete, welche der Neuerung günstig sind, in das Parlament gebracht haben. Leider hat der unermüdete Vertheidiger des Frauenwahlrechts im englischen Unterhaus, Mr. Faithful Wegg, aus Gesundheitsrücksichten seine Wiederwahl abgelehnt. Das Exekutivkomitee des „Landesverbandes der Stimmrechtsvereine“ richtete aus diesem Anlaß ein Schreiben an ihn, das dem Bedauern über sein Scheiden und den Dank für sein Wirken zu Gunsten der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts Ausdruck giebt.

Frauen als Parlamentsmitglieder in Staaten der nordamerikanischen Union. Die Wähler des Kreises Arapahoe wählten Mrs. Evangeline Hearts in das Unterhaus von Colorado. Frau Hearts war die Kandidatin der vereinigten demokratischen Kleinbürgerlichen Parteien. Als Abgeordnete zog Mrs. Elizabeth Cohen in das Parlament des Staates Utah ein; sie wurde in Salt Lake City gewählt.

Die Einführung des Frauenstimmrechts in der Kolonie Victoria (Australien). die im Juli dieses Jahres mit einer Majorität von 31 Stimmen vom Unterhaus beschloffen wurde, ist vom Oberhaus abgelehnt worden. Von Einfluß auf die Entscheidung des Oberhauses war die reaktionäre Haltung breiter Frauenkreise, welche gegen die beantragte Reform energisch protestirten und eine erfolgreiche Anti-Frauenstimmrechtsbewegung ins Leben riefen. Binnen kurzer Zeit erhielt eine Petition gegen das Frauenstimmrecht nicht weniger als 27000 Unterschriften. Die Frauen der deutschen Ansiedler gehören ihrer großen Mehrzahl nach zu den Gegnerinnen der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter. Außerst bezeichnend ist es, daß sehr viele reiche Damen die materielle Abhängigkeit ihrer Dienstmädchen, Angestellten etc. dazu mißbrauchten, dieselben zu zwingen, gegen ihre Ueberzeugung die erwähnte Petition zu unterzeichnen. Eine recht erbauliche Illustration zu der „großen Schwesternschaft“, die nach den Salbadereien bürgerlicher Frauenrechtlerinnen alle Frauen ohne Unterschied der Klasse zum gemeinsamen Kampfe für die soziale Befreiung ihres Geschlechts zusammenschließt! Die Regierung ist übrigens mit der Entscheidung des Oberhauses nicht zufrieden. Der Ministerpräsident Mc Lean will eine Volksabstimmung über die Einführung der Reform entscheiden lassen.

Stellungnahme bürgerlicher Frauenrechtlerinnen in Wien zu den Reichsrathswahlen. In Wien fand kürzlich eine öffentliche Frauenversammlung statt, die von der radikalen Frauenrechtlerin Frä. Fickert einberufen und sehr gut von bürgerlichen Frauen besucht war. Die Versammlung sollte Stellung zu den bevorstehenden Parlamentswahlen nehmen, und es waren zu diesem Zwecke die Kandidaten verschiedener Parteien aufgefordert worden, zu referiren und ihren Standpunkt zu den wichtigsten Fragen zu äußern, welche gegenwärtig das politische Leben Oesterreichs bewegen. Es referirten der Liberale Dr. Kopp, der Sozialreformer Dr. Osner und zwei Sozialdemokraten: Dr. Ellenbogen und Dr. Adler. In der Diskussion ergriff noch der Demokrat Dr. Kronawetter das Wort. Genosse Ellenbogen sagte unter Anderem, es sei zu begrüßen, daß auch die Frauen an dem jetzigen Kampfe theilnehmen wollten. Die Sozialdemokratie erwarte die Freiheit nur von dem Zusammenschluß aller männlichen und weiblichen Proletarier. Auf der Frau laste nicht bloß die Klassenklaverei, sondern auch die Geschlechtsklaverei. Man will ihr einreden oder gebieten, sich von der Politik fern zu halten. Aber wie auf allen Gebieten, so gelte es auch in der Politik die Thüre öffnen für das weibliche Geschlecht. Nur in der Freiheit läßt sich der natürliche Beruf der Frau erkennen. Dort, wo ihre Kraft versagt, wird sie von selbst wegbleiben. Es ist erfreulich, daß sich so viel „männlicher Trost“ unter den Frauen regt. Nach den vorliegenden Erfahrungen kann es keine leidenschaftlicheren, entschiedeneren und tüchtigeren Kämpfer geben als die Frauen. Genosse Adler knüpfte daran an, daß ein Polizeikommissar zur Ueberwachung der Versammlung geschickt worden war. „Ich gratulire Ihnen“, so meinte er zu den anwesenden Frauen, „Sie werden schon für gefährlich gehalten. Man schickt Ihnen bereits einen Polizeikommissar in die Versammlung, und besser als unsere Reden wird Sie diese drastische Lektion des Herrn Polizeikommissars darüber belehren, in welchem Staate wir leben. Die Möglichkeit der Frauenbefreiung liegt in der ökonomischen Entwicklung. Weil die Frauen zur Arbeit herangezogen wurden, sind die Ziele der Frauen heute nicht nur Ideale, sondern auf dem Wege der Verwirklichung. Die Frauen stehen nicht allein, sie können den Anschluß an kräftige Organisationen haben. Der Klerikalismus von heute ist gefährlicher als der von einst. In der Sozialdemokratie finden die Frauen den einzigen sicheren Rückhalt. Die Leidensgeschichte der Schule ist gleichzeitig die Schandgeschichte des Liberalismus. Das erste, was die Sozialdemokraten in einem vernünftigen — das wird vielleicht nicht das nächste — Parlament für die Frauen thun werden, wird ein Antrag auf Aenderung des Koalitionsgesetzes sein müssen.“

Die Vorstehende, Frä. Fickert, hatte schon bei der Versammlung erklärt, das Interesse der Frauen verlange, daß diese thätig alle Kandidaten unterstützen, die Gegner der reaktionären Christlich-Sozialen seien. Mit Begeisterung aber würden die Frauen insbesondere für die Sozialdemokraten eintreten, da diese die soziale Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auf ihr Banner geschrieben habe und im Vordertreffen des Kampfes für bürgerliche Freiheit und gegen die klerikale Reaktion stehe. Der nämlichen Aufforderung wurde auch in der Diskussion durch die Vorstehende und die Damen Painisch und Mez Ausdruck gegeben. Erstere entwickelte noch die unseres Erachtens durchaus irrige Anschauung, die Frauenbewegung dürfe sich keiner politischen Partei anschließen, um ihre Urwürdigkeit und Selbständigkeit nicht zu verlieren. Die Versammlung nahm eine Resolution an, wonach die Frauen für die freiheitlichen Kandidaten und speziell für die sozialdemokratischen Kandidaten der fünften Kurie mit allen Kräften eintreten wollen. Ein freisinniges Frauenkomitee hat sich bereits gebildet und wird dem Beschluß gemäß wirken. In Deutschland haben die radikalen Frauenrechtlerinnen bis jetzt noch bei keinen Wahlen so viel Muth und Energie aufgebracht, wie ihre österreichischen Schwestern. Kaum daß sie in den letzten Jahren anzuerkennen wagen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die für die volle soziale Befreiung des weiblichen Geschlechts eintritt. Die betreffende Haltung gehört auch zu jenem famosen „Vorangehen“ — nach rückwärts, das Frä. Lischnewska als leuchtendes Vorbild für die proletarische Frauenbewegung entdeckt hat und das uns ihrer phantastischen Auffassung nach zu „Wandlungen“ bestimmen müßte.

Quittung.

Für den Agitationsfonds der Genossinnen gingen bei der Unterzeichneten noch à conto des alten Rechnungsjahres ein: Von den Genossinnen in Gera 5 Mark. Dankend quittirt

Otilie Baader, Zentralvertrauensperson,
Berlin W., Groß-Görschenstr. 38, II. Hof rechts, 3 Tr.